

Leitlinien und Programm 2026- 2031 der Bürgerliste für Goslar und Vienenburg

Präambel

Die Bürgerliste steht in der Tradition der Bürgerinitiativen-Bewegung, die in Goslar bereits eine lange Tradition hat. Bereits Anfang der 1980er Jahre konnte die Bürgerinitiative zur Erhaltung des Goslarer Stadtbildes und der Grünanlagen erste Erfolge feiern. Es folgten das Aktionsbündnis „Kaisergalerie – so nicht!“, die Bürgerinitiative „Rettet die Goslarer Bergwiesen“, die Bürgerinitiative „Hände weg vom Steinberg und Königsberg“ und die Bürgerinitiative „Biomasse-Kraftwerk im Schleeke“. Alle diese Initiativen haben inhaltlich etwas bewirkt. Kostspielige und umweltbelastende Fehlinvestitionen konnten verhindert werden. Mammutprojekte mussten vom Rat auf ein für Goslar angepasstes Maß reduziert werden.

Erfolge der
Bürgerinitiativen-
Bewegung

Die Bürgerliste sieht sich seit ihrer Gründung 2001 als Partnerin dieser Bürgerbewegungen. Wir arbeiten aktiv in den Initiativen mit, wir versorgen die Betroffenen mit den Hintergrundinformationen aus dem Rat und wir bringen die Anliegen der Betroffenen in die Ratsdebatten ein.

Bürgerliste als Partnerin der
Bürgerinitiativen-Bewegung

Bei der Fusion der Städte Goslar und Vienenburg am 1.1.2014 erfolgte die Umbenennung in **Bürgerliste für Goslar und Vienenburg** und die Ausweitung auf das erweiterte Stadtgebiet.

Wir stehen für einen bürgernahen Politikansatz, der konsequent fortzusetzen und beständig auszubauen ist. Die politische Arbeit der Bürgerliste ist rein sachorientiert und ortsbezogen. Dadurch müssen wir keinerlei Rücksicht auf Ideologien und Parteiprogramme nehmen.

ortsbezogene und
ideologiefreie Politik

Die Bürgerliste steht für alle Menschen offen, die sich vor Ort für Demokratie und Bürgernähe einsetzen. Nicht vereinbar mit dem Programm sind hingegen alle Formen von rassistischer, faschistischer, diskriminierender, fremdenfeindlicher oder menschenverachtender Politik. Jegliche Form der Zusammenarbeit mit Parteien, Wählergruppen und Bewegungen, die ein derartiges Gedankengut vertreten, ist strikt ausgeschlossen. Das betrifft beispielsweise die AfD.

Unvereinbarkeit

Für die Wahlen zum Stadtrat am 13. September 2026 haben wir die folgenden inhaltlichen Ziele und Leitlinien für unsere Politik verabschiedet:

Leitlinie: Bürgerpolitik statt Parteipolitik

Politik im Goslarer Rat ist geprägt von Partei- und Lobbyinteressen. Wir setzen dem bewusst das Modell der „Bürgerpolitik“ entgegen. Die Betroffenen in den Stadtteilen wissen selbst am besten, was für sie gut ist oder nicht. Die gewachsenen Formen der Vertretungen von Bürgerinteressen in den einzelnen Stadtteilen mit dem Ortsrat in Hahnenklee und den Ortsvorstehern in den neuen Goslarer Stadtteilen haben sich bewährt und sind beizubehalten. Die Identität der Stadt- und Ortsteile ist zu wahren und weiterzuentwickeln.

keine Lobbyinteressen

gewachsene
Stadtteilvertretungen erhalten

Taktische Spielereien, feste Koalitionen und Zählgemeinschaften lehnen wir konsequent ab. Da die Ratsparteien ihren jeweiligen Ideologien unterworfen sind, sind alle Formen einer institutionalisierten Zusammenarbeit ausgeschlossen. Eine punktuelle Zusammenarbeit ist folglich nur bei konkreten Projekten und Vorhaben im Einzelfall denkbar.

Projektbezogene
Zusammenarbeit statt
Koalitionen

Die Ratsmitglieder der Bürgerliste setzen es sich zum Ziel, die Wünsche und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Leitlinien und des Programms umzusetzen. Dabei unterliegen wir keinem Fraktionszwang. Im Falle unüberbrückbarer Meinungsunterschiede werden Abstimmungen im Rat freigegeben (freies Mandat).

freies Mandat statt
Fraktionszwang

Bürgerbeteiligung darf sich nicht nur auf eine Stimmabgabe alle fünf Jahre bei der Kommunalwahl beschränken. Umfassende Informationen der Betroffenen im Vorfeld von Ratsentscheidungen sind zwingende Voraussetzung für eine stärkere politische Teilhabe.

Bürgerbeteiligung nicht
nur zu Wahlen

Die Instrumente der Bürgerinformation und der direkten Beteiligung sind in Goslar nach wie vor stark unterentwickelt. Die Bürgerliste setzt sich für die Einführung und konsequente Weiterentwicklung von andernorts bewährten Elementen der direkten Demokratie ein. Als Beispiele seien hier genannt: thematische Stadtteilversammlungen, Einführung von Elementen des Bürgerhaushalts, Planungszellen für Großvorhaben und Grundsatzentscheidungen, Runde Tische mit Betroffenen zur Konfliktminimierung.

Instrumente einer
erfolgreichen
Bürgerbeteiligung

Die programmatischen Aussagen der Bürgerliste verstehen sich als Angebot zur Mitarbeit und Weiterentwicklung. Wir sind bereit, unsere Positionen auf den Prüfstand zu stellen und in einem ständigen Diskussionsprozess anzupassen und fortzuschreiben.

Weiterentwicklung des
Programms

Wir entwickeln unsere Programmatik in der Verantwortung vor dem Recht künftiger Generationen, die Zukunft eigenverantwortlich und selbst bestimmt gestalten zu können. Dies setzt den verantwortungsvollen Umgang mit den begrenzten Ressourcen und der Umwelt voraus.

Verantwortungsvoller
Umgang mit Umwelt und
Ressourcen

Die Bürgerliste tritt zu den Kommunalwahlen 2026 an, um das Modell „**Bürgerpolitik statt Parteipolitik**“ mehrheitsfähig zu machen.

Bürgerpolitik statt
Parteipolitik

Arbeit und Wirtschaft

Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die neue Arbeitsplätze im umweltfreundlichen, produzierenden Gewerbe schafft und bestehende, zukunftssträchtige Strukturen weiterentwickelt und ausbaut und dabei die Chancen der Digitalisierung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien für Goslar nutzt:

- **Bestandspflege zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze.** Die „aufsuchende Wirtschaftsförderung“ hat sich in der Vergangenheit bewährt und soll weiter ausgebaut und intensiviert werden. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Sicherstellung und den weiteren Ausbau der schnellen Datennetze (Glasfaser) zu legen, deren Ausbau immer wichtiger wird.
- **Breit aufgestelltes Angebot an Arbeitsplätzen stärkt die Resilienz.** Gerade die jüngste Vergangenheit mit Corona-Krise und weltweit wachsender Kriegsgefahr ist Beleg für die Notwendigkeit einer breit aufgestellten Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik. Die Arbeitsplatzverluste in der konjunkturabhängigen Industrie (Hüttenwerke Oker, Genthe, Odermark, HC Starck, Natronag) konnten in Goslar durch Diversifikation der Firmenansiedlungen weitgehend kompensiert werden. Das führte auch zu einer relativ konstanten Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen im städtischen Haushalt. Der Weg ist konsequent fortzusetzen, wobei es gilt, neue Trends frühzeitig zu erkennen.
- **Synergien zwischen Forschung/Lehre und Ansiedlungspolitik nutzen.** Der rasche Aufwuchs des Studiengangs “Digital Technologies” auf dem Gelände des Energie-Campus bietet auch Chancen für die Ansiedlung weiterer Startups in Goslar, die proaktiv genutzt werden sollten.
- **Nutzung des vorhandenen Wissens über Altlasten aus Bergbau und Hüttenwesen.** Das regional vorhandene Wissen über Altlasten (TU Clausthal) muss verstärkt für den Aufbau einer regionalen Kreislaufwirtschaft nutzbar gemacht werden. Die Bürgerliste hat frühzeitig auf die Potenziale der so genann-

aufsuchende
Wirtschaftsförderung

schnelle Datennetze
ausbauen

Diversifikation führt zu
stabilen
Gewerbesteuererinnahmen

“Digital-Technologies” als
Chance nutzen

regionales Wissen über
Bergbau und Hüttenwesen
nutzen

ten Bergeteiche auf dem Bollrich hingewiesen. Dort lagern neben den harztypischen Metallen – wie Gold, Silber, Kupfer, Zink und Blei – auch das für die Tiefbohrtechnik wichtigen Baryt (Schwerspat) sowie wirtschaftsstrategische Metalle wie Indium, Kobalt und Gallium. Wir unterstützen die angelaufenen Bemühungen aus der Industrie, diese Potenziale wieder nutzbar zu machen. Das Beispiel der Firma Elektrocycling auf dem Hüttengelände zeigt, dass in der Kreislaufwirtschaft Arbeitsplätze geschaffen werden können. Dafür müssen jedoch die Rahmenbedingungen stimmen (z.B. die Unterbindung illegaler Exporte von Elektronikschrott in Entwicklungsländer).

Kreislaufwirtschaft ausbauen

- **Chancen der Energiewende regional nutzen.** Die Umstellung der Energieerzeugung auf die Regenerativen bedeutet sowohl Chance als auch Risiko. Windkraftanlagen sind auf die Bereiche der Stadt zu beschränken, die durch konventionelle Landwirtschaft oder Industriebrachen vorgeschädigt sind. Waldgebiete und für den Natur- und Artenschutz wertvolle Bereiche sind auszuschließen. Das gilt auch für Freiflächen-Photovoltaik. Hier ist der Agri-Photovoltaik der Vorzug zu geben, da diese eine landwirtschaftliche Nutzung der Flächen weiterhin ermöglicht. Die Möglichkeiten der Geothermie sind weiter zu prüfen, da die nördliche Harzrandstörung entsprechende Potenziale erwarten lässt.
- **Interkommunale Zusammenarbeit weiterhin unterstützen.** Auch wenn die Erfahrungen mit interkommunalen Kooperationen bislang eher ernüchternd ausfielen (z.B. Entwicklung des Altlasten-Standortes „Kaltes Feld“, Vernetzung touristischer Leuchtturmprojekte), sollten entsprechende Bemühungen weiter betrieben werden. Wir unterstützen daher die Arbeit der Landkreis-Wirtschaftsförderungsgesellschaft WiReGo.
- **Bestehende Handelsplätze im Zentrum stärken und Nahversorgung in den Stadtteilen sichern.** Die gravierenden Fehler der Ratsparteien in der Stadtentwicklung haben dazu geführt, dass immer mehr Großmärkte auf der „grünen Wiese“ entstanden sind und qualifizierte Arbeitsplätze im Zentrum vernichtet wurden. Dieser Entwicklung kann nur durch einen konsequenten Verzicht auf die Ausweisung neuer Einzelhandelsflächen vor den Toren der Stadt (Baßgeige, Gewerbegebiet Jerstedt) oder an der Peripherie (Fliegerhorst, Gutenbergstraße) entgegengewirkt werden. Bestehende Nahversorgungsstrukturen insbesondere auch in den ländlichen Stadtteilen sind zu erhalten und zu stärken. Das Model „Tante Enso“ in Hahnenklee kann hierbei als Vorbild dienen. Das städtische Leerstandsmanagement ist hingegen als ineffizient einzustellen.

Windkraftnutzung nur außerhalb von geschützten Bereichen

Flächenschutz durch Agri-Photovoltaik

Potenziale für Geothermie

interkommunale Kooperationsmöglichkeiten offen halten

keine Einzelhandelsentwicklung auf der „grünen Wiese“

Nahversorgungsstrukturen erhalten und stärken

Leerstandsmanagement einstellen

- **Weiterentwicklung der touristischen Angebote ohne die Zerstörung der Grundlagen des Tourismus.** Die touristischen Potenziale der Stadt sind natur- und umweltverträglich weiterzuentwickeln. Dazu gehören z.B. die Umnutzung der Kur- und Kurmittelhauses in Hahnenklee und die bessere Einbindung von Vienenburger See und Klostergut Wöltingerode in die touristischen Planungen. Landschaftszerstörende Einrichtungen wie der Erlebnisbocksberg und seine Erweiterung sind ebenso abzulehnen wie der Bau eines so genannten "Naturhotels", für das zuvor Wald gerodet werden musste. Sporttouristische oder besucherintensive Angebote sind dort zu bündeln, wo bereits eine Vorbelastung der Landschaft vorliegt und eine entsprechende Infrastruktur vorhanden ist.

naturverträgliche
Weiterentwicklung der
touristischen Angebote

Bündelung der
touristischen Angebote

Finanzen

Wir wollen eine Finanzpolitik, die mit dem von den Bürgerinnen und Bürgern erwirtschafteten städtischen Vermögen verantwortungsvoll umgeht und die Betroffenen in die Entscheidungsprozesse einbezieht:

- **Strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips oder „Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch!“.** Die bundesweite Krise der kommunalen Finanzen ist in vielen Fällen nicht hausgemacht sondern eine direkte Folge der „Selbstbedienungsmentalität“ von Bund und Land. Diese übertragen ständig neue Aufgaben auf die Städte und Gemeinden, ohne die dafür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Zugleich schränken Bund und Land die Steuererhebungsmöglichkeiten der Kommunen ein und sorgen durch ihre Entscheidungen so für verminderte kommunale Steuereinnahmen. Diese Zusammenhänge werden von den Parteipolitikern im Rat gerne verschwiegen, weil sie andernfalls die eigene Partei kritisieren müssten. Die Bürgerliste hat es sich daher zum Ziel gesetzt, die tatsächlichen Hintergründe der Finanzkrise immer wieder zu verdeutlichen und publik zu machen. Dazu gehört auch eine größere Klagebereitschaft der Stadt zu gesetzlichen Änderungen, die gegen das Konnexitätsprinzips verstoßen.
- **Mehr Transparenz und Bürgernähe in Haushaltsfragen.** Die Einführung der Doppik hat nicht zu der angeblichen Stärkung der Transparenz im Haushalt beigetragen. Verlässliche Kennzahlen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die eine Steuerung des Haushalts durch den Rat ermöglichen würden, gibt es bis heute nicht. Verwaltung und Ratsparteien verwenden viel Zeit darauf, die Haushaltslage zu verschleiern. Bürgerinnen und Bürger werden über die tatsächliche finanzielle Situation der Stadt im Ungewissen gelassen. Der fehlende Blick fürs Ganze ist Ursache für einen zunehmenden Lobbyismus einzel-

strikte Einhaltung des
Konnexitätsprinzips

Klagebereitschaft der Stadt

verlässliche Kennzahlen zur
Steuerung des Haushalts

ner Interessengruppen, die städtische Zuschüsse beziehen. Es gilt das Prinzip: „Wer am lautesten schreit, bekommt sein Geld! Wer schweigt, geht leer aus!“ Dieses Prinzip der Entsolidarisierung kann nur durchbrochen werden, wenn alle Bürgerinnen und Bürger die grundlegenden Daten des städtischen Haushalts in allgemein verständlicher Form einsehen können. Die Homepage der Stadt wäre eine Möglichkeit dafür, die aber nur unzureichend genutzt wird. In anderen Kommunen gibt es positive Erfahrungen mit so genannten „Bürgerhaushalten“, bei denen bestimmte Entscheidungen an die Betroffenen rückübertragen werden. Elemente des Bürgerhaushalts sollten auch in Goslar versuchsweise eingeführt werden.

Haushaltstransparenz stärken

Elemente des Bürgerhaushalts versuchsweise einführen

- **Keine weitere Verschleierung der Haushaltssituation.** Ein Doppelhaushalt für zwei Jahre, der maßgeblich von SPD, CDU und FDP vorangetrieben wird, würde zur weiteren Intransparenz der Haushaltslage führen. Die Bürgerliste lehnt Doppelhaushalte strikt ab. Gleiches gilt für unrealistische Einsparvorschläge im Haushaltssicherungskonzept (differenzierte Kreisumlage), die den Druck beim Scheitern zusätzlich erhöhen. Die Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung zur Haushaltskonsolidierung lehnen wir ab.

Ablehnung von Doppelhaushalten

kein Straßenausbaubeitrag

- **Regionale Wertschöpfungsketten schließen und Privatisierungen verhindern.** Weitreichende Ratsentscheidungen werden hinsichtlich ihrer mittel- und langfristigen Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen nicht hinreichend untersucht. So wurde dem Rückfluss städtischer Mittel („return of investment“) in der Vergangenheit überhaupt keine Aufmerksamkeit gewidmet. Wertschöpfungsketten werden in Goslar nicht hinreichend geschlossen. In der Folge kommt es zu einem starken Abfluss von hier erwirtschafteten Geldern in andere Regionen. Das betrifft einerseits die Privatwirtschaft mit dem hohen Anteil an nicht produzierendem Einzelhandel, Autohäusern und ähnlichem; andererseits führen aber auch Fehlentscheidungen des Rates zu einem Geldabfluss aus der Region durch Privatisierung kommunaler Betriebe (Nordharzer Kraftwerke, Stadtentwässerung, Straßenreinigung). Andere Kommunen sind hingegen bemüht, die gesamte Wertschöpfungskette in der eigenen Stadt oder zumindest der eigenen Region zu schließen. Die Bürgerliste lehnt eine Privatisierung kommunaler Aufgaben strikt ab und befürwortet die Rekommunalisierung bereits privatisierter Teilbereiche der Stadtverwaltung, wo immer dies möglich ist.

Wertschöpfung in der Region halten

keine Privatisierung kommunaler Aufgaben

- **Städtische Gesellschaften handeln intransparent und häufig zulasten der Bürgerinnen und Bürger.** Privatisierte, städtische Gesellschaften handeln schon aufgrund des Konstrukts

als GmbH intransparent, da Aufsichtsräte nichtöffentlich tagen. Umso wichtiger ist ein funktionierendes Beteiligungsmanagement für alle städtischen Gesellschaften, das auch auf eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung unter Nutzung von Synergieeffekten hinwirkt. SPD, CDU, Grüne und FDP verhindern das seit vielen Jahren. Negativbeispiel ist die Marketinggesellschaft (GMG), bei der die privaten Gesellschafter nie ihren Verpflichtungen aus der Gründungsphase der Gesellschaft nachkamen, während die Zuschüsse der Stadt kontinuierlich stiegen. Ratsparteien und Beteiligungsmanagement haben bei der Restrukturierung der Gesellschaft versagt. Darum sind Eigenbetriebe anderen, nicht öffentlich beratenden und entscheidenden Betriebsformen (z.B. Anstalt öffentlichen Rechts, Gesellschaft mit beschränkter Haftung) vorzuziehen.

verbessertes
Beteiligungsmanagement

Eigenbetriebe statt
Privatisierung

- **Keine Nettoneuverschuldung für Prestigeprojekte.** Trotz der angespannten Haushaltslage vergeuden die Ratsparteien Jahr für Jahr Unsummen für ihre Prestigeprojekte. War es in der Vergangenheit das kostspielige China-Pflaster für die Fußgängerzone oder der teure Stadionausbau für den GSC, sind es jetzt die neue Veranstaltungshalle im Kaiserpfalzquartier oder die begrünten Sitzbänke für die Innenstadt als Maßnahme gegen den Klimawandel. Alle diese Projekte haben eines gemeinsam: Belastbare Folgekosten- oder Wirtschaftlichkeitsberechnung gibt es nicht. Es sind schließlich „nur“ Steuergelder, die hier von den Ratsparteien „verbrannt“ werden. Im Interesse einer vertretbaren und nachhaltigen Haushaltspolitik fordert die Bürgerliste ein radikales Umdenken. Investitionen sind nur vertretbar, wenn sie sich kurz- oder mittelfristig rentieren und von der Einwohnerschaft auch mitgetragen werden.

kein Kaiserpfalzquartier

Wirtschaftlichkeits- und
Folgekostenberechnung

Investitionen müssen
rentierlich sein

- **Kein weiterer Personalzuwachs bei sinkenden Einwohnerzahlen und zunehmender Digitalisierung.** Mit der Städtefusion von Goslar und Vienenburg im Jahr 2014 sollten eigentlich Verwaltungsvorgänge optimiert und wirtschaftlicher gestaltet werden. Eine Personalreduktion als so genannte „Fusionsrendite“ wurde in Aussicht gestellt. Stattdessen war in den letzten Jahren ein beständiger Personalzuwachs in der Verwaltung zu verzeichnen – trotz sinkender Einwohnerzahl und ausgebauter Digitalisierung, mit der Arbeitsprozesse vereinfacht und beschleunigt wurden. Ein teures Organisationsgutachten der Ratsmehrheit weist sogar einen erhöhten Personalbedarf aus. Die neue Verwaltungsstruktur lehnt die Bürgerliste daher ab. Der demografische Wandel muss auch in der Verwaltung zu einer Reduktion der Stellen genutzt werden. Betriebsbedingte Kündigungen sind definitiv ausgeschlossen.

Fusionsrendite muss
gehoben werden

Ablehnung der neuen
Verwaltungsstruktur

Ausschluss betriebsbedingter
Kündigungen

- **Lasten der Haushaltssanierung gerecht verteilen.** Mit dem inzwischen ausgelaufenen Zukunftsvertrag mit dem Land Niedersachsen war es der Stadt gelungen, den maßgeblich von SPD und FDP zu verantwortenden Niedergang der städtischen Finanzen vorübergehend zu stoppen. Schulden konnten sogar abgebaut werden. Zwischenzeitlich investiert die Ratsmehrheit jedoch wieder mehr als die Stadt sich leisten kann. Die Haushaltslöcher werden durch neue Schulden gestopft. Ein Ausgleich des Haushalts ist auch mittelfristig nicht darstellbar. Haushaltssanierungsmaßnahmen werden von der Bürgerliste so lange abgelehnt, wie die Ratsmehrheit diese unsolide Haushaltspolitik betreibt. Jegliche Form der ungerechten Lastenverteilung für einzelne Bevölkerungsgruppen lehnen wir strikt ab.
- **Stiftungsvermögen korrekt darstellen.** Die jahrelange Hängepartie bei der korrekten Darstellung des Stiftungsvermögens ist zeitnah zu beenden. Zwischenzeitliche Veräußerungen von Stiftungswerten sind den jeweiligen Stiftungsvermögen zuzurechnen. Eine sinnvolle Zusammenführung von Stiftungen kann erfolgen. Die Stiftungsvermögen sind nachhaltig zu sichern. Überschüsse sollten vorrangig zum Erhalt von historisch wertvollen Gebäuden in der Altstadt angelegt werden. Die Verwendung von Stiftungsmitteln für laufende Ausgaben – beispielsweise für den Kulturbetrieb – sind hingegen auszuschließen, da es sich um originäre Aufgaben des regulären Haushalts handelt.

Erfolge des Zukunftsvertrages bereits aufgebraucht

Investitionen an finanzielle Leistungsfähigkeit koppeln

Lasten gerecht verteilen

Veräußerungserlöse dem Stiftungsvermögen zuführen

Stiftungsvermögen zum Erhalt des Welterbes nutzen

keine Verwendung von Stiftungsvermögen für laufende Ausgaben

Stadtentwicklung, Umwelt und Natur

Wir wollen eine Stadtentwicklungspolitik, die der demographischen Entwicklung Rechnung trägt und künftigen Generationen eine lebenswerte Natur und Umwelt hinterlässt:

- **Festlegung von verbindlichen Entwicklungskorridoren für Siedlungsentwicklung und Biotopvernetzung.** Boden ist als Ressource begrenzt. Somit kommt dem sparsamen Umgang mit dieser Ressource eine besondere Bedeutung zu. Unnötige Flächenversiegelungen aus der Vergangenheit sind rückzubauen. Neue Flächeninanspruchnahmen sind stark einzuschränken und in Natur- und Landschaftschutzgebieten sowie Bereichen für die Biotopvernetzung definitiv auszuschließen. Das betrifft auch die Goslarer Bergwiesen. Der Dreiklang „Stadt-Wiesen-Wald“ ist dauerhaft zu sichern. Das trifft auch für den Bollrich zu. Sanierungen im Altbaubestand, die innerörtliche Erschließung von Baulücken und die Revitalisierung von Gewerbe- und Industriebrachen haben Vorrang vor einer Neuausweisung von Baugebieten. Es ist sicherzustellen, dass

Flächenversiegelung einschränken

keine Entlassungen aus dem Landschaftsschutz

historischen Dreiklang erhalten

Vorrang der Sanierung im Bestand

im Rahmen einer geordneten Stadtentwicklung innerörtliche Grünzüge in ihren Funktionen erhalten bleiben. Dies gilt für den Stadtgarten im Georgenbergviertel ebenso wie für die Knickwiese in Vienenburg. Beide Bereiche haben eine wichtige Funktion als innerörtliche Naherholungsfläche. Die Knickwiese dient zusätzlich als Retentionsraum bei Hochwasserereignissen der Radau. In Nähe der A 395 – in Wiedelah und Lochtum – sind Potenziale für eine ergänzende Wohnbebauung für Pendlerinnen und Pendler in Richtung Braunschweig zu untersuchen.

innerörtliche Grünfläche
erhalten

ergänzende
Wohnbauflächen

- **Festschreibung hoher Energie- und Umweltstandards in Bebauungsplänen.** Angesichts der fortschreitenden Klimakrise kommt den Festsetzungen in Bebauungsplänen eine besondere Bedeutung zu. Das Instrumentarium des Baugesetzbuches ist daher sowohl in Wohngebieten als auch in gewerblich genutzten Bereichen konsequent auszuschöpfen: Energiekennzahlen für Gebäude, verdichtete Bauweise der Gebäude, Regenwasserbewirtschaftung, innere Durchgrünung mit heimischen Arten, Grünzüge als Vernetzungselemente, offene Wasserführungen für Regen- und Oberflächenwasser). Externe Kompensationsmaßnahmen für bauliche Eingriffe sind ausschließlich im Goslarer Stadtgebiet anzuordnen. Bei der Arrondierung von Wohngebieten ist dem Vorhandensein einer ausreichenden Infrastruktur (Kindergärten, Grundschulen, Nahversorgungsmöglichkeiten, Anschluss ans ÖPNV-Netz) verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen, um zusätzliche, kommunale Investitionen weitgehend auszuschließen.
- **Glaubwürdige Maßnahmen zum Klimaschutz machen Klimafolgenanpassung überflüssig.** Klimaschutz muss in allen Bereichen der Stadtgesellschaft und natürlich auch in der Verwaltung bei den Entscheidungen proaktiv mitgedacht werden. Zu zögerliches und inkonsequentes Handeln macht teure Reparaturmaßnahmen oder Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung erst notwendig. Beispiele dafür sind die wiederholten Hochwasserereignisse in Abzucht, Radau und Schamlah, die nicht zum grundlegenden Umdenken geführt haben (sog. "Hochwasserdemenz"). Statt den Flüssen – wo immer möglich – mehr Raum zu geben (Polderflächen, Auwälder), beschränkt man sich auf teure, technische Lösungen (Aufweitung des Oker-Grane-Stollens, hydraulische Aufweitung der Flussbetten). Eine vollständige Aufnahme der Wassermengen bei Hochwasser ist auf diesem Weg allerdings nicht zu erreichen. Notwendig ist die Wasserhaltung auf der gesamten Stadtfläche, z.B. durch Flächenentsiegelung, Vermeidung der Neuversiegelung, Regenwasserversickerung, Herstellung von Mulden entlang von Forstwegen, Wiedervernässung von Moorflächen, Agroforstwirtschaft auf landwirtschaftlich genutzten

Konsequente
Ausschöpfung der
Festsetzungsmöglichkeiten

Kompensationsmaßnahmen
nur im Stadtgebiet

vorhandene Infrastruktur
besser nutzen

Klimaschutz statt
Klimafolgenanpassung

natürlicher statt technischer
Hochwasserschutz

Elemente der Schwammstadt
umsetzen

Flächen. Klimaschutz erreicht man nicht durch gelegentliche Demos von "Fridays for Future" oder durch die Einstellung eines Klimaschutzmanagers in der Stadtverwaltung, wie die Grünen glauben machen wollen. Klimaschutz muss als Querschnittsaufgabe von der gesamten Verwaltung gelebt werden, wenn er erfolgreich sein soll.

Klimaschutz ist
Querschnittsaufgabe

- **Höchste Anforderungen an industrielle und gewerbliche Neuanlagen sowie Anlagen zur Energieerzeugung.**

Für industrielle und gewerbliche Neuanlagen sind im Interesse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger höchste Umweltstandards festzuschreiben. Müllverbrennungsanlagen sind aufgrund der nicht steuerbaren Entwicklung schädlicher Verbindungen beim Verbrennungsprozess generell abzulehnen. Gleiches gilt für atomare Anlagen. Für Holzheizkraftwerke sind verbesserte Filtertechniken ebenso zwingend vorzuschreiben wie eine transparente und permanente Emissionsüberwachung (so genannter „Gläserner Schornstein“). Der Klimawandel führt zur Notwendigkeit des verstärkten Ausbaus der regenerativen Energieerzeugung mit Wind- und Wasserkraft, Solar, Biomasse und Geothermie. Da diese Anlagen nicht per se als ökologisch unbedenklich eingestuft werden können, sind auch hier hohe Anforderungen an die Verträglichkeit zu stellen. Dies erhöht zugleich die Akzeptanz solcher Anlagen.

keine Müllverbrennung und
keine atomaren Anlagen

regenerative
Energieerzeugung muss
ökologisch verträglich sein

- **Kein Kiesabbau in Wiedelah.** Großflächiger Bodenabbau von Kies, Sand und Gesteinen ist generell kritisch zu bewerten, weil er immer mit einer Veränderung des natürlich gewachsenen Bodens verbunden ist, die in den meisten Fällen irreversibel ist. Zudem sind diese Vorräte endlich, weshalb die Bürgerliste dem Baustoff-Recycling den Vorrang gibt. Wenn der Abbau zusätzlich zur Beeinträchtigung des Trinkwassers führt und städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten einschränkt, wie aktuell in Wiedelah, ist es Aufgabe der Ratspolitik, dagegen vorzugehen. Das schließt juristische Schritte mit ein.

Baustoffrecycling statt
großflächiger Bodenabbau

juristische Schritte gegen
den Kiesabbau

- **Lichtverschmutzung wirksam bekämpfen.** Der zunehmenden Lichtverschmutzung in der Stadt ist Einhalt zu gebieten. Die Bürgerliste unterstützt daher die Nachtabstaltung der Straßenbeleuchtung. Die Umsetzung des Masterplans Stadtillumination lehnen wir ab. Vor allem der Flusslauf der Abzucht, die Wallanlagen und der äußere Kaiserpfalzgarten sind aus Naturschutzgründen vor einer Lichtverschmutzung zu schützen.

Ablehnung der
Lichtverschmutzung in
sensiblen Bereichen

- **Ablehnung der Auswüchse konventioneller Landwirtschaft und Förderung des ökologischen Landbaus.** Massentierhaltung, die Ausbringung gentechnisch veränderter Pflanzen und die Verdrängung des Nahrungspflanzenanbaus durch so

ökologische Landwirtschaft
fördern

genannte Energiepflanzen sind konsequent abzulehnen. Der Einsatz chemisch-synthetischer Stickstoffdünger ist nachhaltig zurückzudrängen. Bei Neuabschlüssen von Pachtverträgen durch die Stadt Goslar sind Angebote zur Umstellung auf den kontrolliert ökologischen Anbau zu bevorzugen. Neue Pachtverträge sind außerdem zur Festsetzung ökologisch höherwertiger Standards (z.B. Wegerandbegrünung, Biotopvernetzung) zu nutzen.

Pachtverträge für
höherwertige Standards
nutzen

- **Die Stadtforst ist nachhaltig und naturnah umzugestalten.**

Beim Umbau der Stadtforst ist ein besonderes Augenmerk auf die Schaffung eines stabilen Waldökosystems mit heimischen Mischwaldvorkommen zu legen. Die langfristige Zielsetzung ist an den Vorgaben des naturnahen Waldbaus zu orientieren. Eine Nachpflanzung von Koniferen ist abzulehnen. Die Einbringung von nicht heimischen Gehölzen – z.B. Roteiche, Douglasie und Küstentanne – muss umgehend und nachhaltig unterbunden werden. Vorhandene Neophytenbestände sind im Rahmen der Durchforstungsmaßnahmen zu beseitigen. Der Wildbestand ist auf ein Maß zu reduzieren, das eine Naturverjüngung mit Laubholz ohne Gatterbau möglich macht. Die Äsungsmöglichkeiten für das Wild sind deutlich zu verbessern. Ruhezonen für Wild und Natur sind durch Reduzierung der Wededichte auszudehnen. Wald- und Forstwege sind ausschließlich in wassergebundener Form anzulegen und nicht als asphaltierte „Waldautobahnen“ wie im Wintertal. Die PEFC-Zertifizierung ist zugunsten der ökologischeren FSC-Zertifizierung aufzugeben. Jeglicher Verkauf von Forstflächen ist abzulehnen.

naturnaher Waldbau statt
Exoten-Plantagen

Wildbestand stärker
regulieren

Wegedichte reduzieren

FSC statt PEFC

kein Verkauf von
Forstflächen

Verkehr

Wir wollen eine Verkehrspolitik, die die Interessen der Wohnbevölkerung und Gäste der Stadt in den Mittelpunkt stellt und Goslar attraktiv an die großen Zentren Niedersachsen anbindet:

- **In Wohngebieten muss die Wohnqualität Vorrang haben.**

Die Bürgerliste setzt sich für den weiteren Ausbau von Tempo-30-Zonen in Wohngebieten ein. Wir unterstützen Maßnahmen zur Verbesserung des Anwohnerparkens in der Altstadt und lehnen weitere Gebührenerhöhungen für Anwohnerparkausweise ab. Die Öffnung der Fußgängerzone für den individuellen Kfz-Verkehr wird abgelehnt. In Wohngebieten ist der Lärmschutz kontinuierlich zu verbessern. Das betrifft vorrangig klassifizierte Straßen wie die B 6 in Jerstedt und entlang der Nordtangente und die A 36 in Wiedelah und Lochtum.

mehr Tempo-30-Zonen

Anwohnerparken in der
Altstadt

Lärmschutz in
Wohngebieten

- **Erhalt und Optimierung des Stadtbusverkehrs.** Dem Stadtbusverkehr kommt gerade in Zeiten des demografischen Wandels mit einer alternden Gesellschaft eine zentrale Rolle bei der Sicherstellung der Mobilität zu. Die immer wieder diskutierte Privatisierung des Busbetriebes wird von der Bürgerliste strikt abgelehnt. Stattdessen setzen wir uns für eine fortlaufende Optimierung des Busangebotes unter Einbeziehung der Nutzerinnen und Nutzer ein. Die Benachteiligung Hahnenklees und der neuen Stadtteile nach der Städtefusion 2014 hinsichtlich der Tarifzoneneinstufung ist zu beseitigen. Bei einer fortgesetzten Nichtbeachtung der Goslarer Interessen ist ein Austritt aus dem Tarifverbund in Erwägung zu ziehen. Im Rahmen neuer Konzessionsvergaben ist zu prüfen, ob das Stadtbusangebot auch auf die neuen Goslarer Stadtteile und Jerstedt ausgeweitet werden kann. Auf teure und von vornherein zum Scheitern verurteilte Experimente – wie der Welterbe-Shuttle zum Bergbaumuseum – ist hingegen zu verzichten. Die Abstimmung der Bus- und Bahnfahrpläne ist zu verbessern. Park+Ride-Angebote können den Stadtbusverkehr zusätzlich stärken. Für den Erfolg dieser Modelle ist die Lage der P+R-Parkplätze von großer Bedeutung. Die Bürgerliste spricht sich für den Standort Immenröder Straße aus.

Optimierung des Stadtbusverkehrs statt Privatisierung

Benachteiligung einzelner Stadtteile mittelfristig abbauen

Abstimmung der Verbundverkehre verbessern

P+R-Standort zuerst in der Immenröder Straße
- **Stärkung des regionalen Busangebotes durch touristische Auslastung.** Das HATIX hat sich erwartungsgemäß als Erfolgsmodell für den Tourismus in der gesamten Harzregion erwiesen und ist weiter auszubauen. Die kostenlose Bus-Nutzung durch Gäste trägt auch zur Stabilisierung des Busangebotes bei.

HATIX fortführen
- **Goslar muss für Bahnreisende wieder attraktiv werden.** Der Einsatz für eine attraktive Anbindung an das überregionale Bahnnetz Goslars ist eine kommunale Daueraufgabe. Nach der Vergabe der Verkehrsleistungen an das Privatunternehmen „Erixx“ sind zahlreiche Pannen, Zugausfälle und Verspätungen zu verzeichnen. Der Regionalverband als Besteller der schienegebundenen Nahverkehrsleistungen muss seiner Verantwortung stärker als bisher nachkommen. Die Handeln der vom Landkreis Goslar in die Verbandsversammlung entsandten Mitglieder ist deutlicher herauszustellen. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass Politikerinnen und Politiker vor Ort lauthals die Missstände im Bahnverkehr kritisieren, zugleich aber mit ihren Entscheidungen im fernen Braunschweig selbst für die Misere sorgen. Die im Bereich Bahnverkehr aktiven Verbände und Initiativen – wie der Verkehrsclub Deutschland (VCD) oder der Fahrgastverband Pro Bahn – sind im Vorfeld der jeweiligen Abstimmungsgespräche verstärkt zu beteiligen.

Einsatz für Bahnverbindungen ist Daueraufgabe

Verbände in Abstimmungsgespräche einbeziehen

- **Kein zusätzlicher Neubau von Straßen im Stadtgebiet – Ausbau des Radnetzes.** Die demografische Entwicklung erfordert auch hinsichtlich des Straßennetzes ein Umdenken. Zusätzliche Straßen sind nicht notwendig. Die Forderungen nach einem vierspurigen Ausbau der B 6 und der B 82 halten wir für falsch, weil dadurch die ohnehin schon überlastete Nordtangente zum Nachteil der Anwohnerinnen und Anwohner in den Stadtteilen Jürgenohl und Kattenberg zusätzlich belastet wird. Das bestehende innerörtliche Straßennetz ist so zu optimieren, dass Unterhaltungs- und Folgekosten deutlich reduziert werden. Hierzu zählen der Rückbau von teuren Ampelanlagen zugunsten effektiver Kreisverkehre sowie die Reduzierung von Straßenquerschnitten und Ausbaustandards. Den Ausbau zusätzlicher Parkplätze und Parkhäuser in der Innenstadt (Bolzenstraße, Kaiserpfalzquartier) lehnt die Bürgerliste ab. Das Radwegenetz ist im Hinblick auf mehr Sicherheit weiter auszubauen. Der Sachverstand der Verbände ADFC und VCD ist frühzeitig einzubeziehen, um teure Fehlinvestitionen bereits im Vorfeld zu verhindern.
 - keine zusätzlichen Straßen
 - Kreisverkehre statt Ampelanlagen
 - keine zusätzlichen Parkangebote in der Innenstadt
 - Ausbau des Radwegenetzes

Soziales und Generationengerechtigkeit

Wir wollen eine Politik, die Goslar für alle Bevölkerungsgruppen lebenswert macht und die dem demografischen Wandel Rechnung trägt:

- **Goslar muss für junge Familien attraktiv bleiben.** Auch bei sinkender Einwohnerzahl muss ein besonderer Schwerpunkt auf die Förderung junger Familien gelegt werden. Ein möglichst breit gefächertes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten ist dabei ebenso wichtig wie attraktive Bildungseinrichtungen, Ausbildungsplätze und Freizeitangebote für Jugendliche. Ein wohnortnahes Angebot an Grundschulplätzen ist auch bei sinkenden Schülerzahlen zu erhalten ("Kurze Beine – kurze Wege"). Die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen für die drei Innenstadtsschulen gibt den Eltern eine größere Wahlmöglichkeit und ist zeitnah umzusetzen. Die Aufnahmekapazität der Grundschule Goetheschule ist zeitnah so zu erweitern, dass alle Kinder der Stadtteile Altstadt, Rammelsberg und Steinberg (südlicher Teil) aufgenommen werden können. Damit wird zugleich die Fehlentscheidung der SPD und FDP korrigiert, die zweite Innenstadt-Grundschule (Schillerschule) an den Rand Jürgenohls zu verlegen und den Grundschülerinnen und Grundschulern lange und gefährliche Schulwege zuzumuten.
 - Stadt für junge Familien attraktiv halten
 - attraktive Bildungs- und Ausbildungsangebote erhalten
 - Grundsatz für Grundschulen "Kurze Beine – kurze Wege" einhalten
 - Aufnahmekapazitäten der Goetheschule erweitern
- **Kinder- und Jugendbeteiligung fortführen.** Spiel- und Bolzplätze sind nach einer Prioritätenliste im Rahmen der finanzi-

ellen Möglichkeiten der Stadt weiter auszubauen. Dabei sind Angebote für alle Altersgruppen zu schaffen. Der Bewegungscampus in Jürgenohl kann als Vorbild dienen. Eine Beteiligung der Kinder und Jugendlichen ist weiterhin sicherzustellen. Neue Spiel- und Bolzplätze dürfen jedoch nicht mit Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes kollidieren – wie beim geplanten Waldspielplatz Fliegerhorst. Das Beteiligungsformat “Jugend entscheidet” ist hingegen – wie zuvor das Jugendparlament – als gescheitert anzusehen. Geringe Teilnehmerzahlen, falsche Erwartungen und mangelnde Kontinuität bei der Nachbearbeitung der Ergebnisse machen grundsätzliche Neuüberlegungen zur Jugendbeteiligung notwendig. Ziel muss es sein, zu schnelleren Umsetzungen der Ideen zu kommen und zugleich das Verantwortungsbewusstsein hinsichtlich der prekären Haushaltslage bei den jungen Menschen zu stärken. Die bestehenden Jugendzentren sind zu erhalten.

Ausbau der Spielplätze nach
Prioritätenliste

kein Waldspielplatz
Fliegerhorst

neue Beteiligungsformate
für Jugendliche testen

Erhalt der Jugendzentren

- **Demografische Entwicklung positiv gestalten!** Die demografische Entwicklung Goslars bringt neue Anforderungen; sie bietet aber auch Chancen. Dem Ausbau einer altersgerechten Infrastruktur muss verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet werden. Mehrgenerationenwohnanlagen, barrierefreie Wohnungen und Senioren-Wohngemeinschaften ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben auch im Alter. Außerdem schaffen solche Projekte auch Arbeitsplätze und eröffnen jüngeren Menschen eine Zukunftsperspektive in unserer Stadt.
- **Integration ernst nehmen!** In einer schrumpfenden Gesellschaft sind wir auf jeden Einzelnen angewiesen, um die Infrastruktur der Stadt zu erhalten und die Sozialsysteme zu stabilisieren. Es liegt daher im gesellschaftlichen Interesse, die Integration der hier lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und der zu uns kommenden Flüchtlinge zu verbessern. Aktive Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache und gesellschaftliche Teilhabe sind vordringliche Aufgaben einer gelungenen Integration.
- **Sicherstellung einer konsequenten, sachgerechten und diskriminierungsfreien Gleichstellungsarbeit.** Die Notwendigkeit für eine Frauenförderung ist in Goslar nach wie vor gegeben, da noch immer nicht von einer echten beruflichen Chancengleichheit gesprochen werden kann. Frauen in städtischen Führungspositionen sind immer noch die Ausnahme; in den kommunalen Entscheidungsgremien sind sie unterrepräsentiert. Bei der Benennung von Straßen nach Personen sind vorrangig Frauennamen zu berücksichtigen. Wir unterstützen die Arbeit der städtischen Gleichstellungsbeauftragten.

altersgerechte Infrastruktur
stärken

Goslar braucht
Zuwanderung

Integrationsbemühungen
verstärken

Frauenförderung ist weiterhin
wichtige Aufgabe der
Kommunalpolitik

Straßenbenennung nach
Frauen

- **Unterstützung von Initiativen, Verbänden und Selbsthilfegruppen.** Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt würden die sozialen und gesellschaftlichen Probleme noch deutlicher zu Tage treten. Die Bürgerliste sieht es daher als vordringliche Aufgabe an, diese ehrenamtlichen Strukturen zu stabilisieren und zu stärken. Haushaltsansätze in diesem Bereich sehen wir nicht als „freiwillige Leistungen“ sondern als kommunale Verpflichtung mit dem positiven Nebeneffekt, den Sozialhaushalt zu entlasten. ehrenamtliches Engagement stärken
- **Inklusionsbemühungen verstärken.** Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit dem 26. März 2009 in Deutschland gültig. Inzwischen wird bei allen öffentlichen Bauvorhaben sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau verstärkt auf Barrierefreiheit geachtet. Der Posten einer ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten wurde geschaffen und hat sich bewährt. Gleichwohl wird es in einer mittelalterlichen Altstadt, die als Unesco-Weltkulturerbe ausgewiesen ist, nie eine vollständige Barrierefreiheit geben können. Wir begrüßen daher Vorhaben, barrierearme und barrierefreie Routen in der Altstadt zu identifizieren und für die Betroffenen kenntlich zu machen. Das Programm zum barrierefreien Umbau von Bushaltestellen ist fortzusetzen. Bei der Neuaufstellung oder Änderung von Bebauungsplänen sind barrierefreie Bauvorhaben zu bevorzugen. Posten der Behindertenbeauftragten erhalten
barrierefreie Routen in der Altstadt
barrierefreien Wohnraum bevorzugen
- **Förderung des Schul- und Breitensports.** Das breit gefächerte Sportangebot in der Stadt ist zu erhalten und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel auszubauen. Der Schwerpunkt des Einsatzes städtischer Mittel muss dabei auf der Förderung des Schul- und Breitensports liegen. Wir setzen uns für ein jährliches, festes Budget für den Ausbau der städtischen und vereinseigenen Sportanlagen ein, das sich allerdings stärker als bislang an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt orientieren muss. Alte Prioritätenlisten sind abzuarbeiten, bevor neue erstellt werden. So ist beispielsweise eine Leichtathletik-Anlage nicht prioritär zu behandeln, da die Ratsmehrheit eine funktionsfähige Anlage am Osterfeld zugunsten des Profifußballs geopfert hat. Schul- und Breitensport hat Priorität
Budgetierung im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit
Vorrang alter Prioritätenlisten

Kultur

Wir wollen eine **Kulturpolitik**, die Goslar für unsere Gäste, Bürgerinnen und Bürger attraktiv erhält und die sich der geschichtlichen Verantwortung stellt :

- Kultur ist keine Verfügungsmasse für die Haushaltssanierung.** In Zeiten leerer Kassen sind es auch in Goslar kulturelle Angebote, die als so genannte „freiwillige Leistungen“ zuerst von Kürzungen betroffen sind. So wurde der Fachbereich Kultur im Rahmen der Umstrukturierung der Verwaltung als erster vollständig aufgelöst. Attraktive kulturelle Angebote sind nicht nur für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung, sondern auch für den Tourismus. Die Bürgerliste setzt sich daher für die Erhaltung eines breit gefächerten kulturellen Angebots ein, das sich aber trotzdem am Markt behaupten muss und professionell zu vermarkten ist. Institutionelle Förderung durch den städtischen Haushalt darf nicht zum Automatismus werden, sondern ist an die Erfüllung klarer Zielvorgaben zu koppeln.

Kulturpolitik in Zeiten leerer Kassen

breit aufgestelltes Angebot erhalten

institutionelle Kulturförderung an Zielvorgaben koppeln
- Museen und kulturelle Einrichtungen erhalten und ausbauen.** Die bestehende Museumslandschaft ist zu dauerhaft erhalten. Das betrifft auch die kleineren, ehrenamtlich geführten Einrichtungen in den Stadt- und Ortsteilen wie das Heimatmuseum und das Eisenbahnmuseum in Vienenburg und die Heimatstube in Hahnenklee. Stadtteilbibliotheken sind zu erhalten und besser zu vernetzen. Die von SPD, CDU, FDP und Grünen durchgesetzte Schließung des Odeons hat der Theaterkultur in Goslar einen schweren Schlag versetzt. Die diskutierte Veranstaltungshalle im Kaiserpfalzquartier ist als Ersatz für das Odeon ungeeignet und angesichts der Haushaltslage der Stadt nicht finanzierbar.

Museumslandschaft erhalten

Bibliotheken vernetzen

keine Veranstaltungshalle im Kaiserpfalzquartier
- Erinnerungskultur als kommunale Daueraufgabe.** In Zeiten zunehmenden Rechtsradikalismus kommt der Erinnerungskultur eine besondere Bedeutung zu. Die Palette der zu behandelnden Themen ist lang: Straßennamen, die NS-belasteten Personen ehren; Stolpersteine für die Opfer der Nazi-Diktatur; Umbenennung des Paul-Licke-Rings; Restitutionsfragen; Erläuterungstafeln für die Orte der NS-Herrschaft; Sichtbarmachung jüdischen Lebens in Goslar. Es bestehen nach wie vor erhebliche Wissenslücken über diese Zeit, die es zu füllen gilt. Die in der zu Ende gehenden Wahlperiode eingerichtete AG Erinnerungskultur ist daher auch im neuen Rat unbedingt zu erhalten.

Aufgaben der Erinnerungskultur

AG Erinnerungskultur erhalten
- Kunst im öffentlichen Raum bedeutet auch Verantwortung für deren Erhalt.** Das Goslarer Stadtbild ist von vielen Kunstwerken im öffentlichen Raum geprägt, die jeweils mit großem Brimborium eingeweiht wurden und von den Stadtoberen gerne als Beleg für die Kunst- und Weltoffenheit der Stadt genutzt werden. Dass dies auch eine Verantwortung für den Erhalt der Werke bedeutet, wird hingegen gerne vergessen. So kommt es in Goslar immer wieder zu gedanken-

Kunst im öffentlichen Raum bedeutet auch Verantwortung übernehmen.

kenlosen Handlungen der Verwaltung, die Kunstwerke entwerten oder sogar im Bestand gefährden. Beispiele sind die Kunstmeile in der Wohldenberger Straße, die von Fahrradboxen verstellt wurden oder die Installation "Innovation" in der Baßgeige, die man durch unterlassene Pflege soweit verkommen ließ, dass nun der Abbruch erfolgen soll. Weitere Kunstwerke gelten als gefährdet oder sind bereits teilweise zerstört, wie "Der Kaiser" auf dem Georgenberg, oder "Ritter Ramm" an der Rammelsberger Straße. Die Bürgerliste fordert daher mehr Einsatz für den Erhalt der Kunst im öffentlichen Raum. Der Kunstwerkekatalog ist von der Kulturverwaltung laufend zu aktualisieren.

Kunstwerkekatalog
aktualisieren

- **Veranstaltungsangebot überdenken.** Das ausufernde Angebot an Stadtfesten ist kritisch zu überprüfen, da sich viele dieser Veranstaltungen zu reinen "Saufgelagen" entwickelt haben, deren vorrangiges Ziel die Ablenkung von den zahlreichen gesellschaftlichen Krisen ist – frei nach der römischen Devise: "Brot und Spiele". Es ist mehr Wert auf Qualität als auf Quantität zu legen. Formate wie die "Phantastische Pfalz" und stärker historisch geprägte Angebote können dabei als Vorbild dienen. Das Interesse der Menschen solchen Veranstaltungen ist ungebrochen, wie Beispiele aus andere Orten zeigen. Die Potenziale, die Goslar bietet, sind besser zu nutzen. Das Kulturangebot ist zu "entstauben" und für alle Bevölkerungsteile interessant zu gestalten.

mehr qualitätsvolle
Veranstaltungen statt
"Saufgelage"

"Entstaubung" des klassisch
geprägten Kulturangebotes

- **Baukultur und Denkmalschutz im Weltkulturerbes stärken.** Alle baulichen Entwicklungen innerhalb der Grenzen des Weltkulturerbes und der Pufferzone müssen mit den Zielsetzungen des Welterbes vereinbar sein. Dabei kommt der Stadt eine besondere Vorbildfunktion zu, die in letzter Zeit immer weniger wahrgenommen wurde, wie die Bausünden am historischen Rathaus und am Westflügel des Kulturmarktplatzes belegen. "Das Schwarzbuch 2016" der AG Lokales Welterbe-Monitoring, aber auch die Berichte des "World Heritage Watch" zeigen viele weitere Beispiele des inkonsistenten Handelns der Stadtverwaltung: Abriss des Verwaltungsgebäudes auf dem Friedhof Hildesheimer Straße; Verfall des Taubenturms im Ulrichschen Garten und des Gartenpavillons in den Wallanlagen. Bei Neubaumaßnahmen bewilligt sich die Stadtverwaltung großzügige Ausnahmen, die sie privaten Antragstellerinnen und Antragstellern regelmäßig verweigert. Dieses Verhalten trägt zur Spaltung der Stadtgesellschaft bei und ist umgehend abzustellen. Auch außerhalb der Welterbeflächen muss den Belangen des Denkmalschutzes eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dies trifft insbesondere auf hochwertige und historisch bedeutsame Gebäude und Anlagen zu (z.B. Sudmerbergturm, Vienenburg, Wasserburg und Marktplätze in Wiedelah).

Vorbildfunktion der Stadt

kritische Berichte zum
Zustand des Welterbes
aufarbeiten

Ungleichbehandlung führt
zur gesellschaftlichen
Spaltung

Impressum:

Herausgeber: Bürgerliste für Goslar und Vienenburg

Geschäftsstelle: Marktstraße 37, Goslar

Homepage: <https://www.buergerliste-goslar.de/>

Schlussredaktion: Henning Wehrmann